

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 20. November 2017

Grosser Rat

**5 2017.STA.1285 Ernennung/Wahl
Eintritt eines neuen Mitglieds in den Grossen Rat
Herr Christoph Grupp (Grüne)**

Gemeinsame Vereidigung

Präsidentin. Wir beginnen mit einem Traktandum, das immer sehr schön ist, nämlich mit der Vereidigung der neuen Mitglieder. Wenn ich hier unsere fünf neuen Kollegen begrüsse, möchte ich es nicht unterlassen, meiner persönlichen Freude Ausdruck zu verleihen. Ich darf jemanden vereidigen, den ich seit über 30 Jahren kenne. Das ist etwas, was man sich nicht vorstellt: dass man einmal diese Vereidigung gemeinsam vornehmen wird. Deshalb wird dies auch für mich ein ganz besonderer Moment sein.

Für die SVP-Fraktion folgt Herr Samuel Leuenberger auf Herrn Christian Hadorn nach, den wir an dieser Stelle ganz herzlich auf der Tribüne begrüssen. Wie wir wissen, besteht Verwechslungsgefahr, wenn ein neuer Herr Samuel Leuenberger in den Rat eintritt. Es gibt keine Möglichkeit, die beiden namensgleichen Ratsmitglieder in der Namensliste auf der Anzeigetafel unterschiedlich anzuzeigen. Wir hier vorne sehen den Unterschied: Das neue Ratsmitglied gehört der SVP an, und die Partei wird bei uns angezeigt. Wir werden sehen, wie wir mit dieser Verwechslungsgefahr zu Rande kommen werden.

Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion nehmen folgende drei Herren Einsitz im Grossen Rat: Herr Stefan Berger folgt auf Frau Elisabeth Zäch, M. Hervé Gullotti succède à M. Francis Daetwyler et M. Patrizio Robbiani succède à Mme Irma Hirschi. Und schliesslich folgt seitens der Fraktion der Grünen Herr Christoph Grupp auf Frau Daphné Rüfenacht in den Grossen Rat. Damit kommen wir zur Vereidigung. Ich bitte die fünf neuen Ratsmitglieder, nach vorne zu treten. Alle anwesenden Personen im Saal und auf den Tribünen bitte ich, sich zu erheben.

Die Herren Samuel Leuenberger, Stefan Berger, Hervé Gullotti, Patrizio Robbiani legen das Gelübde ab. Herr Christoph Grupp leistet den Eid.

Präsidentin. Damit ist die Vereidigung beendet. Ich wünsche Ihnen, Herr Leuenberger, Herr Berger und Herr Grupp, viel Erfolg und Freude bei Ihrer Arbeit im Grossen Rat. Et je souhaite plaisir et réussite à nos nouveaux collègues M. Gullotti et M. Robbiani. *(Applaus)*

Ordnungsanträge

Antrag SVP (Amstutz, Schwanden-Sigriswil)

Aufnahme eines zusätzlichen Traktandums:

Wahl eines Grossratsmitglieds der SVP als Mitglied GPK per 01. 01. 2018

Präsidentin. Wir kommen damit zur Behandlung der Ordnungsanträge. Mit dem ersten Antrag seitens der SVP wird die Aufnahme eines zusätzlichen Traktandums beantragt. Es handelt sich um die Wahl eines Grossratsmitglieds der SVP als Mitglied der GPK. Wird dieser Ordnungsantrag bestritten? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Damit ist der Antrag stillschweigend genehmigt.

Antrag Grüne (Imboden, Bern)

Traktandum 62 (Steuergesetz) ist nach dem Entlastungsprogramm EP 2018 zu behandeln.

Präsidentin. Der zweite Antrag seitens der Grünen fordert, Traktandum 62 sei nach dem EP 2018 zu behandeln. Grossrätin Imboden hat das Wort zur Begründung des Antrags.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Was fordert dieser Ordnungsantrag der Grünen? Er unterbreitet Ihnen zu beschliessen, das Traktandum 62, also das Steuergesetz (StG), nach dem EP 2018, welches ja mit dem VA und dem AFP gekoppelt ist, zu behandeln. Weshalb dies? Wir genehmigen hier im Grossen Rat jedes Jahr den VA und diskutieren ebenfalls die mittelfristige Finanzplanung. Dies ist ein ordentliches Grossratsgeschäft, das jeweils auch fix traktandiert ist. Jetzt wird dies der Steuergesetzesdiskussion vorgelagert, welche aber direkte Implikationen für das EP 2018 hat. Ich halte mich kurz, denn inhaltlich führen wir die Diskussionen ja später. Aber, um es vereinfacht auszudrücken, man muss wegen der StG-Revision, mit der man Steuern senken will, dann im EP entsprechend sparen. Dieser Mechanismus entspricht unserer Meinung nach nicht den hier üblichen Abläufen. Wir sind der Meinung, man müsse zuerst darüber diskutieren, welches die Finanzaussichten des Kantons Bern sind, wie es uns geht, was wir uns leisten können und wo wir allenfalls sparen müssen. Und erst danach sollte man darüber diskutieren, ob man Steuern senken will. Wir wissen ja, Steuersenkungen sind Zweitlesungen unterstellt, und wenn ein Referendum zustande käme, gäbe es sogar noch eine Volksabstimmung. Es ergibt aus dieser Sicht also mehr Sinn, dies umgekehrt zu machen.

Vielleicht noch ein letzter Punkt: Die Gegnerinnen und Gegner dieses Antrags werden sagen, die Steuersenkungen seien im EP ja bereits eingerechnet. Aber unserer Meinung nach ist das nicht richtig. Wir müssen Finanzperspektiven erarbeiten und eine Steuersenkung nicht einfach bereits als gegeben oder akzeptiert annehmen. Denn darüber werden wir hier wohl noch ein paar Stunden lang diskutieren. Aus dieser Sicht entspricht es den üblichen Gepflogenheiten, hier zuerst über die Finanzen des Jahres 2018 und der Folgejahre zu diskutieren und das Steuergesetz erst danach zu traktandieren. Wir bitten Sie, den Antrag so zu unterstützen.

Präsidentin. Gemeldet hat sich Daniel Bichsel – ich nehme an, in seiner Funktion als Präsident der FiKo.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Ich glaube, in dieser Frage gibt es nicht einfach nur richtig oder falsch. Ich kann Ihnen aber einige Überlegungen darlegen, die zu dem jetzt vorgesehenen Ablauf geführt haben. Wir sind der Auffassung, Sachbeschlüsse, die Auswirkungen auf das Zahlenwerk haben, sollten vorgängig beschlossen werden. So fliesst dann beim VA und AFP alles zusammen und wir wissen, welchen Saldo wir insgesamt haben, wenn wir den Beschluss darüber fassen. Im Gegensatz zu VA, AFP und EP wird zum StG in der Märzsession eine zweite Lesung stattfinden. Dort haben wir also gewissermassen eine Reaktionsmöglichkeit auf Beschlüsse aus dem EP, die nicht bestünde, würden wir in umgekehrter Reihenfolge vorgehen. Die FiKo hat sich mehrheitlich für diese Beratungsform ausgesprochen. Daher bitte ich Sie, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Wir konnten uns innerhalb der Fraktion während dieser Woche leider nicht zu diesem Antrag absprechen. Unter Rücksprache mit der Fraktionsleitung haben wir nun aber kurzfristig beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Das ist durchaus sinnvoll, auch unter Berücksichtigung dessen, was Natalie Imboden erläutert hat. Die Steuergesetzesrevision hat einen direkten Impact auf das Budget und den VA. Wollte man der Argumentation von Daniel Bichsel folgen, so müsste man eigentlich auch das Sozialhilfegesetz vor der Debatte über das Budget beraten. Denn auch dieses Gesetz wird einen Einfluss haben. Wir sind auch der Überzeugung, dass man allenfalls auch andere Etappierungen wählen könnte, wenn man das Resultat der Beratung über VA und AFP kennt, wie dies auch einem Vorschlag seitens der EVP entspricht. Man könnte so die Etappierung in kleineren Schritten, das heisst, mit kleineren Summen, vornehmen. Damit könnte man die Mindereinnahmen für den Staat nicht ganz so gravierend erscheinen lassen.

Präsidentin. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Ordnungsantrag Grüne annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung Antrag Grüne [Imboden, Bern])

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 49

Nein 99

Enthalten 0

Präsidentin. Sie haben den Ordnungsantrag abgelehnt.

Antrag Knutti, Weissenburg (SVP)

Behandlung der Motion 036-2017 Traktandum Nr. 30 im ordentlichen Sessionsprogramm und nicht im Entlastungspaket.

Präsidentin. Damit kommen wir zum nächsten Ordnungsantrag. Hierzu noch kurz ein Hinweis: Wie Sie im Programm sehen konnten, haben wir die Traktanden wie üblich durchnummeriert, teilweise schieben wir sie dann aber ins EP hinein. Der vorliegende Antrag Knutti möchte dies bei Traktandum 30 aber nicht so handhaben. Das Wort hat Grossrat Knutti zur Begründung des Antrags.

Knutti, Weissenburg (SVP). Es ist richtig, was die Präsidentin gesagt hat. Wir haben gesehen, dass im Rahmen des EP 2018 drei Motionen diskutiert werden sollen: Die Motion über die Gartenbauschule Hünibach, Traktandum 17, M 196-2017, die Motion über die Hotelfachschule Thun, Traktandum 18, M 197-2017, und eben die im Antrag genannte Motion über die Regierungsstatthalter und Grundbuchämter, Traktandum 30, M 036-2017. Wir haben festgestellt, dass die Grundbuchämter im EP zwar für eine Überprüfung vorgesehen sind, was aber nicht direkt eine Entlastung herbeiführt. Diese Motion zu den Grundbuchämtern würde also den Saldo nicht beeinflussen. Deshalb sollten wir sie nicht im Rahmen des EP behandeln. Die Motion wird keine Änderung des Betrags von 185 Mio. Franken bewirken, und daher möchten wir sie wie ursprünglich vorgesehen im ordentlichen Sessionsprogramm mit den Geschäften der JGK behandeln lassen.

Präsidentin. Ich sehe keine Wortmeldungen. – Wir kommen demnach direkt zur Abstimmung. Wer den Ordnungsantrag Knutti annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Antrag Knutti, Weissenburg [SVP])

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 77

Nein 66

Enthalten 2

Präsidentin. Sie haben den Ordnungsantrag angenommen. Wie ich in meiner Eröffnungsrede bereits kurz angetönt habe, stellt Grossrätin Geissbühler den Ordnungsantrag, die Beratung von Traktandum 9, der von ihr eingereichten Motion 097-2017 «Finanzielle Konsequenzen von Grossratsentscheiden: Mehr Transparenz für bessere Entscheidungsfindung!», in die Märzsession 2018 verschieben. Gibt es dazu Wortmeldungen, wird dieser Ordnungsantrag bestritten? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag wird somit stillschweigend angenommen und das Geschäft in die Märzsession verschoben. Wir haben zudem soeben die Mitteilung erhalten, dass das Traktandum 20, M 040-2017 mit einer Erklärung zurückgezogen wird.

